

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für W^{ald}bad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. M. 1.80, vierteljährl. M. 5.40.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerschweizerischen Verkehr 5.40.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 7.— M. ; Strohporto Nr. 50 bei der
Oberamtsparafasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discountgesellschaft, Zweigst. Waldbad.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum Nr. 18.—, auswärts Nr. 20.— ; Reklame-
zeile Nr. 50.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluss der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. ; In Konturs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Anzeigengabe weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gsch in Waldbad.

Rund 280

Gericht 179

Waldbad, Mittwoch, den 29. November 1922

Gericht 179

57. Jahrgang

Die bereitete Besprechung mit Morgan

Die Nachricht der Pariser „Chicago Tribune“, der New-
Yorker Großbankier Pierpont Morgan werde von London,
wo er sich einige Zeit aufhielt, nach Paris kommen, um
mit dem französischen Finanzminister Laforest über eine
Anleihe für Deutschland zu verhandeln, ist richtig-
gestellt worden: Morgan ist bereits von London nach Ame-
rika abgereist. Morgan, der sich seit Mai in Europa auf-
hielt, hat, wie die „Adm.“ aus Paris erfährt, sofort nach
dem Scheitern der internationalen Bankierkonferenz sowohl
dem Vertreter der deutschen Reichsregierung, Staats-
sekretär Bergmann, als auch amtlichen französischen und
englischen Persönlichkeiten mitgeteilt, daß er die Hoff-
nung nicht aufgibt, in absehbarer Zeit unter günstigeren
Bedingungen über eine internationale Anleihe zu ver-
handeln. Für diese Verhandlungen ließe er jederzeit zur
Verfügung. Monatelang hat Morgan auf diese Einladung
geantwortet, und als nun endlich vor einigen Wochen auf Ver-
anlassung des Ministeriums Wirth internationale Finanz-
sachverständige in Paris über die Möglichkeit der Festigung
der Mark verhandelten, hat sich ergeben, daß durch eine
kleine äußere Anleihe die Befundung der deutschen Finanzen
durchgeführt werden kann, wenn die internationalen Finanz-
freise sich daran beteiligen. Morgan, der über die wahre
Lage in Deutschland aufgefäkt ist, hat alle Bestrebungen,
die in den letzten Wochen unternommen wurden, um die
deutsche Mark zu stützen, soweit es in seinen Kräften lag,
gefördert.

Vor vierzehn Tagen ist deshalb in Paris der Gedanke
aufgetaucht, Morgan müsse mit Poincaré verhandeln,
um ihm klar zu machen, wie notwendig die sofortige Auf-
legung einer internationalen Anleihe zur Festigung der
Mark sei. Poincaré aber warf eine Etikettenfrage auf; er
wollte nämlich den amerikanischen Finanzmann nicht ein-
laden. Nach diesem Hin und Her sollte die Einladung durch
den französischen Finanzminister de Laforest ergehen. Mor-
gan war bereit, mit Poincaré zu verhandeln, und er reiste
sogar nach Paris ab, als ursprünglich der „Temps“ verkündete,
Poincaré verlasse Laforest nicht, wie verabredet, am Dien-
stagabend, sondern sei durch wichtige Verhandlungen zurück-
gehalten. Das war eine Ablehnung, mit Morgan zu ver-
handeln, der sofort Paris verließ und kein Hehl daraus
machte, daß er verstimmt sei. Es scheint, daß es trotz aller
Versuche der belgischen Minister Theunis und Jaspar nicht
gelungen ist, noch in letzter Stunde eine Aussprache zwischen
Poincaré und ihm herbeizuführen. Die Gründe, die Poin-
caré veranlaßt haben, die Unterredung abzulehnen, sind zu
suchen einmal in der Tatsache, daß Morgan einen fünf-
jährigen Zahlungsausschub für Deutschland verlangt, und
dann, daß er die baldige Festlegung einer von Deutschland
zu ertragenden Entschädigungsschuld fordert.

Nun kommt ein zweiter Zwischenfall. Von Paris aus
war mitgeteilt worden, daß Poincaré und die belgischen Mi-
nister den Entschluß gefaßt hätten, eine Vorkonferenz
abzuhalten. In einer Reutersnote wurde dagegen festgestellt,
daß der britischen Regierung von etwas Derartigem nichts
bekannt geworden sei. Nun stellte der halbamtliche Pariser
„Temps“ fest, die französische Regierung habe, als sie er-
fuhr, die belgische Regierung sei geneigt, an einer Vorkon-
ferenz teilzunehmen, sofort Lord Curzon in Lausanne ver-
ständigt, die englische Regierung sei also über die Möglich-
keit dieser Vorverhandlungen sowie über die Tatsache, daß
die Konferenz von Brüssel spätestens am 15. Dezember ab-
gehalten werden sollte, unterrichtet gewesen. In London ist
man aber der Meinung, daß der Sitz der englischen Regie-
rung nicht in Lausanne ist, und daß es nicht angeht, einen
einzelnen britischen Minister in einer so ernstlichen Ange-
legenheit zu unterrichten, sondern daß es Sache Poincarés
wäre, sich nach London zu wenden. — Die Lon-
doner „Times“ beschäftigt, daß das Zustandekommen der
Brüsseler Konferenz sehr fraglich geworden sei. Die Gründe
sind nun klar.

Clemenceaus Griff ins amerikanische Wespennest

Als der „Tiger“ sich entschloß, als Achtzigjähriger übers
große Wasser zu fahren, fragte man sich, zu welchem Zweck
und mit welchem wobrscheinlichen Erfolg? Ueber die

Dollarkurs am 28. Nov.: 8796.90.

Zweide hat er sich inzwischen selber vornehmen lassen; vor
seiner Ausreise erzählte er amerikanischen Ausfragern, er
wolle Frankreich von dem Verdacht des „Imperialismus“
und des „Militarismus“ reinigen, und in seiner ersten Rede
im New Yorker Metropolitan Opernhaus am 21. November
verteidigte er das französische Recht auf Sicherheiten gegen
einen Ueberfall. Er scheint indes schon bei diesem ersten
Anlauf zur Gewinnung der amerikanischen Volksseele sehr
schlecht abgeschnitten zu haben. Die „New York World“
meinte beißend, Clemenceau zankte Amerika für Frankreichs
Fehler aus, und das Blatt fragte außerdem nach den Be-
weisen für die friedliche Politik Frankreichs. Auch in den
politischen Kreisen hat man die Rede sehr übel genommen,
wie die Aeußerungen der Senatoren Borah und Hitch-
cock klar erkennen lassen. An weiteren Offenherzigkeiten
wird es nicht fehlen, denn Amerika ist erstlich allen Kriegs-
verderbes herzlich überdrüssig, nachdem es acht Jahre lang
jämlich damit überfüllt worden ist. Zweitens hat es
trotz seiner Presse allmählich eine ungefähre Ahnung von
den wirklichen Zuständen und Vorgängen in der Welt er-
halten, namentlich seit es die Washingtoner Abrüstungs-
konferenz ganz aus der Nähe hat beobachten können. Drit-
tens brennt ihm die europäische Not nachgerade selbst zu
klar auf den Nägeln, als daß es achlos an den Urheber
und den Verlängerer dieser Not hätte vorübergehen kön-
nen. Viertens aber mißert es fremdpolitischen Unrat und
eine ausländische Einmischung in amerikanische Angelegen-
heiten, und in diesem Punkt ist der Amerikaner aller Partei-
schattierungen sehr empfindlich; selbst die in der Welle ge-
schwommenen Französlinge vertragen fremden Zwang in häus-
lichen Angelegenheiten nicht. Daß Clemenceau obendrein
auch noch gleich das größte Geschick ausgefahren und von
amerikanischer Ehrlosigkeit geredet hat, mußte natürlich dem
Fah den Boden ausschlagen. Statt dieser Dankbarkeit Vor-
würfe einzuheimen, das liegt dem „Sieger“ nicht.

Für uns Deutsche ist es zunächst ein tröstlicher Gedanke,
daß auch anderswo schlechte Völkerkennner zu finden sind
und nicht allein bei uns, wie man besonders von Amerika
her uns fortgesetzt nachsagt. Zum andern aber müssen wir
die Reife Clemenceaus auch um deswillen begrüßen, weil sie
am Ende das zurecht bringt, was unserm Streben wahr-
scheinlich sobald noch nicht gelungen wäre, nämlich die
ganze Europafrage mit allem was drum
und dran hängt ins Rollen zu bringen.
Die Leute von gelinder Einsicht und gutem Willen werden
eine nie gebotene Gelegenheit haben, einzuhaken und ihren
widerstrebenden Landsleuten endlich die Dinge zu Gehör
zu bringen, die ihnen bisher vorenthalten worden sind.
Wäre ein beliebiger Jemand drüber auf die Bühne ge-
treten, so hätte kein Hahn danach geträht, auch wenn er
noch so hahnbüchernen Unfuss von sich gegeben hätte. Bei
einem Clemenceau ist das anders. Clemenceau ist wer, und
er stellt einen Haken dar, an den man die längste Geschichte
hängen kann, ohne befürchten zu müssen, daß sie übersehen
wird. Von besonderer Bedeutung ist es, daß gerade zwei
so ausgesprochene Parteigänger Wilsons wie die „World“
und der abgehaltene Senator Hitchcock sich etwas rauh
mit Clemenceau beschäftigten. Die Reife des „Tigers“ ist
erst in ihren Anfängen; kein Mensch kann wissen, wozu
sie schließlich führt. Amerika hat sich zu Zeiten nicht ge-
scheut, sogar amtlich befallte Vertreter eines fremden Lan-
des über die Grenze abzuschleichen, wenn sie sich lästig mach-
ten durch Erteilung unerwünschter Ratsschläge.

Bergessenes Land

Das Memelgebiet

Reichskanzler Cuno sagte in seiner Antrittsrede im
Reichstag: „Die Regierung wird niemals bereit sein, befehtes
deutsches Gebiet, das Rheinland oder die Pfalz oder das
Saargebiet preiszugeben“. Hat der Kanzler, hat der lau-
schende Reichstag bei diesen Worten auch des — Memel-
lands gedacht? Das Memelland ist nicht „befehes Gebiet“,
aber schlimmer: abgerissenes, durch den Versailles Vertrag
den verbündeten Siegern (nicht dem Völkerverbund) zur Ver-
fügung gestellt und zurzeit immer noch durch einen franzö-
sischen Oberkommissar verwaltet. Kürzlich wollte eine Memel-
land-Abordnung in Paris, um die Wünsche der Memelländer
vor der Botschafterkonferenz vorzutragen. Was hat sie er-
reicht? Was ist in Paris geschehen? Darüber schreibt mir
ein deutscher Landsmann und alter Zeitungskollege aus
Tilsit: Unter armes Memelland scheint in Paris richtig
verhachtet worden zu sein. Bestimmtes ist noch nicht
bekannt geworden, auch nicht von seiten der Abordnung, die
in Paris war und als Nachrichtenquelle nicht zuverlässig ist.
Denn an ihr hat ja auch die großklausische Abordnung (die
Tarnpa-Deute) unter Dr. Saugalat teilgenommen. Es

liegt, wie es scheint, eine vorläufige Entscheidung der Bot-
schafterkonferenz vor, die die Wünsche der deutschen Bevölke-
rung nicht berücksichtigt und nur die Vorbedingungen schafft,
um das Memelgebiet an einen Fremdstaat auszuliefern. An
wen? Das wird eben noch nicht gesagt. Aber die Meldung
kam über — Warschau, und es läßt sich allerlei dabei denken.
Heute schon Memel den Polen zu geben, wagt man wohl
nicht. Man gibt es den Litauern und verlangt von ihnen,
daß sie sich an Polen unterordnen. Litauen erhält zum min-
desten einen Freihafen im Memeler Hafengebiet. Dieser
soll durch einen „Hafenrat“ verwaltet werden, der aus einem
Litauer, einem Polen, einem Memelländer und dem franzö-
sischen Oberkommissar besteht. Der Oberkommissar führt den
Vorsitz und beherrscht mit den Polen zusammen den Hafen-
rat und den Hafen. Man kann auf diese Weise den Polen
Vorrechte im Hafen geben und hofft offenbar, damit den
politischen Zugang nach Memel zu fördern, damit nach 10 oder
15 Jahren der Wille der Bevölkerung oder die wirtschaft-
lichen Verhältnisse die Auslieferung Memels an die Polen
zu rechtfertigen scheinen.

So wird mit einer Bevölkerung verfahren, die durch
und durch deutsch ist und das Märchen vom „Litauischen“
Memelgebiet widerlegt. Nachdem im Jahr 1920 eine Art
Probearbeitung 90 Prozent der Gesamtbevölkerung ge-
gen die Abtrennung von Deutschland vereinigt
hatte, fand im vorigen Jahr unter französischer Aufsicht eine
Abstimmung über die Schulsprache statt, in der sich rund
98 Prozent der Abstimmenden für die deutsche Unterricht-
sprache erklärten. Was für die Pariser Verhandlungen zu
sagen war, darüber hat die Memelland-Abordnung aus-
führliche Erklärungen des Deutsch-Litauischen Heimatbunds
miterhalten. In diesem Bund sind jene Volksteile zusammen-
geschloffen, die dem Memelgau entsprossen sind, und die durch
die Vortrennung ihres engeren Vaterlands von Deutschland
sich in ihren natürlichsten und heiligsten Gefühlen verletzt
sehen. Dazu kommt bei ihnen die erste Sorge, daß das
vertragliche Zusammenleben, wie es jahrhundertlang zwis-
chen den Memelanwohnern deutscher und litauischer Sprache
bestand, nunmehr von einer Zerrüttung bedroht ist, wenn
durch einen Fehlspruch der fremden Mächte die Ein-
wohnerschaft ungetraut, „wie die Steine in einem Brett-
spiel“, um das berühmte Bild Wilsons zu gebrauchen, in
ihrer staalichen Zugehörigkeit verlohren wird. Die durchein-
anderlaufenden Ansprüche der näheren und entfernteren
Nachbarn des Memellands, der Großlitauer wie der Groß-
polen, haben sich bei näherer Prüfung als unumgänglich Ver-
such einer befriedigenden Lösung herausgestellt. Ebenso un-
möglich ist der Gedanke einer englischen oder französischen
Schuttherrschaft über Memel. Der künstlich geschaffene neue
Zwischenstaat werde ein Spielball der politischen Eifersucht und
Läme nie zu gesicherter Ruhe. Alle die Treiberereien, die gegen
das Memelland einsetzten, haben schließlich nur die eine Wir-
kung hervorgerufen können: unüberwindliche Sehnsucht der
überwältigten Mehrheit im Memelgau zur Rückkehr an
Deutschland. Dieser Sehnsucht kann das Memelvolk keiner
offenen Ausdruck geben. Es ist mundtot unter der Diktatur
des ehemaligen französischen Präfekten Peisné geworden,
der bei Antritt seines Amtes versprach, das Memelland „mit
einer französischen Provinz zu behandeln“. Und die Presse ist
gelnebelt.

Die gefährdete Oberrheinschiffahrt

In der Zeitschrift „Werk, Reederel, Hafen“ bespricht
Prof. Richard Hennig die schweren Folgen, die der
rückichtslose französische Plan, einen Seitenkanal zum
Oberrhein zu bauen, ausführen würde. Am eine rich-
tige Grundlage zu haben, bedarf der Plan der vertrag-
lichen Zustimmung der Unterstaaten Deutschland, Holland,
Frankreich und Schweiz, Holland und die Schweiz wür-
den aber die Genehmigung sicher nicht geben, da sie durch
den Seitenkanal nur Schaden haben. In der gleichen
Lage wäre Deutschland. Hennig tadelt daher scharf die
Haltung der vier deutschen Unterhändler, die in Straßburg
die Verhandlungen mit den Vertretern der französischen
Interessen führen und er begründet seine Ansicht folgen-
dermaßen:

„Die Franzosen versprechen sich von einem mit acht
Kraftwerken ausgestatteten Seitenkanal Basel—Straßburg
eine Kraftausbeute von 26 500 Millionen Kilowattstunden
im Jahr, die eine Ersparnis von 2 1/2 Millionen Tonnen
Kohlen alljährlich ermöglichen soll. Diesem einseitigen Vor-
teil der Franzosen müßte aber die Schiffahrt Opfer von
geradezu katastrophalem Umfang bringen. Am schlimmsten
sind die allgemeinen wirtschaftlichen Rückwirkungen, die
durch die fast völlige Abzäpfung des Wassers aus dem
Rhein hervorgerufen werden. Der Oberrhein wird in Zei-
ten schlechten Wasserstands zu einem kümmerlichen Rin-
nal werden; dadurch muß eine Ausstrokung der Ufer
hervorgerufen werden, die für die Landwirtschaft auf bei-
den Ufern in trockenen Jahren überaus schädlich ist.“

Amerika hätte nicht in den Krieg gehen sollen

Die „New Yorker Staatsztg.“ schreibt: „Major William Hale Thompson hielt bei der „Deutschen-Tag“-Feier auf dem Madison Square, die von dem Chicagoer Deutschen veranstaltet worden war, eine Ansprache, in der er den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg verurteilte und seinen Standpunkt verteidigte. Er wurde häufig vom Beifall unterbrochen. Major Thompson sagte, daß er sowohl wie seine Zuhörer den „Stratum“ einsehen, den Amerika bezieht, indem es sich am Weltkrieg beteiligte.“

„Ich habe dagegen mit meiner ganzen Kraft gekämpft, und ich habe meine Ansichten nicht im geringsten geändert“, sagte er. „Ich halte mich an die Worte George Washingtons, daß es im besten Interesse des Landes ist, irgend welche Verwicklungen mit dem Auslande zu vermeiden und uns lediglich mit unseren eigenen Angelegenheiten zu beschäftigen. Meine Ansicht ist, Amerika für die Amerikaner, und die andern mögen tun, was in ihrem Belieben steht. Wir sind heute hier versammelt, um eine Einmütigkeit zu feiern, die durch den schlimmen Irrtum der Kriegsteilnahme nicht gebrochen werden konnte. Das Blut von Tausenden kommt über die Häupter derer in Washington. Wenn sie Deutschland gefolgt wären, anstatt England, dann wären sie im Rechten gewesen und die Sachen wären anders verlaufen.“

Neue Nachrichten

Aus dem Weißbuch

Berlin, 28. Nov. Die Bearbeitung der diplomatischen Aktenstücke des Auswärtigen Amtes, die von der Reichsregierung unter dem Titel „Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914“ veröffentlicht wird, ist so weit fortgeschritten, daß der zweite Teil „Der neue Kurs“, in 8 Bänden die Jahre 1890—97 umfassend, in den ersten Monaten des nächsten Jahres erscheinen kann.

Die Mitteilung an die Entschädigungskommission

Berlin, 28. Nov. Die Reichsregierung hat der Entschädigungskommission mitgeteilt, daß sie das Programm vom 13. November übernommen habe; sie ersucht um baldigste Bewilligung der beantragten Befristung der Ver- und Sachleistungen.

Der Ruf nach Mehrarbeit

Berlin, 28. Nov. In der sozialistischen Zeitschrift „Firn“ schreibt das Mitglied der sozialdemokratischen Partei Jan Senf: „Der achtstündige Arbeitstag ist ein durchaus gesunder Grundsatz, aber er ist zu einer Zeit durchgeführt worden, die dafür so ungünstig wie möglich war. Es waren damals nur politische Gründe maßgebend. Als wir in den Warenwirtschaftlich fast ersticken, haben wir 9 und 10 Stunden gearbeitet, jetzt befinden wir uns in tiefer Verarmung, wie sie seit dem dreißigjährigen Krieg nicht mehr da war. Die Verteidiger des Achtstundentags übersehen, daß dessen Durchführung nicht mehr an dem Willen scheitert, sondern an unserer wirtschaftlichen und politischen Lage. Heute schafft Mehrarbeit auf der einen Seite in irgendeinem andern Zweig neue Arbeit. Es soll nicht etwa der Achtstundentag abgeschafft, aber ein Uebergangszustand geschaffen werden. Alle Reibereien sind wegzulassen, solange die Bankrotvorboten in dem mindestens dreißigprozentigen Produktionsausfall an der Tür der deutschen Volkswirtschaft lauern.“

Hilferuf der Pfälzer

Speyer, 28. Nov. Der Kreistag der Pfalz richtete an die Reichsregierung die dringende Bitte, dahin zu wirken, daß die immer drückender werdenden Kosten der französischen Besatzung, die wachsende Wohnungsnot und immer weiter um sich greifende Entziehung wertvollen Kulturbodens für die französischen Truppen gemildert werden und daß der pfälzischen Bevölkerung Berücksichtigung und Schonung zuteil werde.

Abwicklung des Stinnes-Lubersac-Vertrags

Essen, 28. Nov. Der Stinnes-Lubersac-Vertrag ist nach den Berliner Verhandlungen zwischen Stinnes und Lubersac in den Abschnitten der praktischen Durchführung getreten. Seit etwa vier Wochen rollen ununterbrochen große Mengen von Baustoffe über die Grenze. Mit der Zeit wird noch eine weitere Steigerung im Lieferungsverkehr eintreten. Die Einzelverträge über die Lieferungen werden in Paris abgeschlossen, und die Waren werden laut Vertrag in Deutschland von besonderen Ausschüssen entweder am Lagerplatz oder am Herkunftsplatz selbst abgenommen.

Streik in der Anilinfabrik

Ludwigshafen, 28. Nov. Drei Arbeiter des Werks in Oppau, die ohne Urlaub zu dem kommunistischen Betriebsrätekonferenz in Berlin gereist waren, sind von der Direktion des Werks entlassen worden. Darauf trat der größte Teil der Arbeiterschaft in den Streik. Das ganze Werk ist stillgelegt.

Pfänderei einer Viehhalle

Hannover, 28. Nov. Die kommunistische Partei veranstaltete in Wunsdorf einen Aufzug zum Rathaus und verlangte die Einsetzung eines Preisüberwachungsausschusses. Als der Magistrat das Ansuchen ablehnte, stürmte die Menge die städtische Viehverkaufohalle. Weit über 100 Schweine wurden geraubt.

Bonar Law will freie Hand

London, 28. Nov. Auf eine Anfrage über die Angelegenheit der Verbandskriegsschulden erwiderte Bonar Law im Unterhaus, bis jetzt haben keine persönlichen Besprechungen mit den Verbänden über die Entschädigungsfrage stattgefunden, und wenn es dazu komme, wolle die britische Regierung frei sein, um die Frage nach jeder Richtung prüfen zu können.

Schiffsekretär Waldwin teilte mit, durch die Orientkrisis seien bis jetzt Mehrausgaben für Heer und Flotte in Höhe von 2½ Millionen Pfund Sterling entstanden.

Von der Friedenskonferenz

Lausanne, 28. Nov. Zwischen Lord Curzon und Clemenceau wurde vereinbart, die Gebietsfragen solange zu verschieben, bis von den beteiligten Regierungen weitere Weisungen eingetroffen sind.

Wie es seine Gewohnheit ist

Paris, 28. Nov. Aus Washington wird gemeldet: Auf die Ablehnung Clemenceaus, daß Schwarze im Rheinland als Besatzungstruppen verwendet werden, erklärte Hitchcock im amerikanischen Senat, Clemenceau habe in seiner Rede in Voston Behauptungen ohne Grundlage aufgestellt, wie das von ihm seine Gewohnheit sei. — Auf aus

deutsch heißt das: Clemenceau hat wieder einmal gelogen, wie man das von ihm nicht anders gewohnt ist.

Frankreichs Anschlag auf das Rheinland

Erwägungen des französischen Ministerrats

Paris, 28. Nov. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand fand gestern eine Konferenz über die Entschädigungsfrage und die Einberufung der Brüsseler Konferenz statt. Beteiligt waren Poincaré, Finanzminister Laskery, der Minister für die „befreiten Gebiete“ Raibet, Marschall Foch, Kriegsminister Maginot, Generalstabschef Buat, der Oberkommissar für die besetzten Gebiete Tirard und der Generalinspektor der Bergwerke Coste. In den Besprechungen wurde u. a. auch der Bericht Darlacs über die Möglichkeiten der Ausbeutung und der Angliederung des Rheingebiets verhandelt.

Der halbamtliche Kommentar

Den Wälfen wurde eine halbamtliche Mitteilung über die Sitzung zugefickt: Die Brüsseler Konferenz werde vielleicht nicht zustande kommen oder möglicherweise ein Frankreich nicht befriedigendes Ergebnis haben, zumal der deutsche Reichstag dem Reichstanzler Cunio eine Mehrheit geschaffen habe in der einmütigen Billigung der Note Birchs vom 13. November, mit der Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen wolle. Die französische Regierung sei daher genötigt gewesen, die Mittel zu prüfen, mit den sie ihre feste Absicht, die Zahlungen zu erlangen, erreichen könne. In Betracht gezogen, nicht beschlossen wurde 1. eine vollständige Beschlagnahme des Rheinlands, indem momentan die deutschen Beamten durch französische ersetzt werden, 2. die Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebiets einschließlich Essen und Bochum, so daß Frankreich die von Deutschland zu liefernden Kohlen und den für die französische Industrie erforderlichen Hüttenkoks in Sicherheit hat.

Paris, 28. Nov. Havas meldet, die französische Regierung werde den Verbänden auf der Vorbesprechung vor der Brüsseler Konferenz einen festen Plan vorlegen, nach dem Deutschland gezwungen werden kann, zu bezahlen, indem die deutschen Kohlengruben für Rechnung der Verbänden ausgebeutet werden. Auch England sei jetzt damit einverstanden, jedoch nur für den Fall einer Vereinfachung Deutschlands.

Paris, 28. Nov. Im „Petit Parisien“ wird geschrieben: Es sei zweifellos eine ernste Stunde gekommen. Deutschland bestehe jetzt eine rechtsgerichtete Regierung, die behauptet (das hat die Regierung Birch „behauptet“, D. Schr.), sie könne vor 3 bis 4 Jahren keine Goldzahlungen machen und auch dann nur, wenn die Verbänden ihr 500 Millionen Mark zur Freistellung der Mark leihen, wenn sie ihre Zollgrenzen niederreißen, um die deutsche Ausfuhr zu erleichtern, und wenn die Kriegsschuldenschuld wesentlich herabgesetzt werde. Die Reichsregierung mache also eine letzte Anstrengung, des größten Teils der Verpflichtungen sich zu entziehen. Es sei möglich, daß die deutsche Großindustrie, die jetzt die Leitung des Reichs übernommen habe (1), über die unangenehmen Folgen ihrer Widerspenstigkeit nachdenke. Aber es sei auch möglich, daß sie Frankreich zwingen werden, die im Vertrag von Versailles vorgesehenen Zwangsmahnahmen durchzuführen und einige Pfänder in Frankreichs Reichweite zu nehmen. Ohne die Stimme mehr als nötig zu erheben, habe der Ministerpräsident (Poincaré) dem deutschen Volk eine heilsame Warnung zuteil werden lassen. — Nach dem „Echo de Paris“ werden die besprochenen Maßnahmen heute dem Ministerrat zur Billigung vorgelegt. Poincaré könne dann von nun an von den zur Verfügung gestellten Mitteln Gebrauch machen.

Herausfordernder und übermütiger ist wohl noch keine Regierung einem andern Volk gegenüber aufgetreten, als es die französische jetzt tut. Allerdings richtet sich dieses brutale Machtproletariat nicht allein gegen Deutschland, sondern kaum weniger gegen England. Poincaré und Ruffi Arm in Arm glauben schon die Welt in die Schranken zwingen zu dürfen.

Württemberg

Stuttgart, 28. Nov. Verpflegungsgelder der Staatsirrenanstalten. In den Staatsirrenanstalten werden die Sätze folgendermaßen erhöht: Statt 111—120 M.: 231—300 M.; statt 101—110 M.: 221—230 M., statt 75—100 M.: 140—220 M., statt 120 M.: 300 M.

Stuttgart, 28. Nov. Zwangsenteignung von Häusern. Die württ. Regierung beabsichtigt einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, wonach Häuser zwangsweise enteignet werden können, deren Besitzer schuldhaft den Verfall herbeiführen.

Stuttgart, 28. Nov. Die Stuttgarter Straßenbahn nimmt schon wieder, nach kaum einer Woche, eine Preiserhöhung vor. Vom 1. Dezember kosten die Fahrpreise von 2 Teilstrecken — eine so kleine Strecke, daß es sich schon wegen der „Wartezeit“ kaum zu fahren lohnt — 30 M., die weitere Fahrt bis zu 12 Teilstrecken 50 — sage und schreibe fünfzig — Mark. Fahrpreise für 5 Fahrten bis zu zwei Teilstrecken werden mit 160 M. berechnet.

Die Polizeistunde. Das Ministerium des Innern hat die Verwaltungs- und Ortspolizeibehörden angewiesen, von der Ermächtigung zur Verlängerung der Polizeistunde möglichst nach weniger Gebrauch zu machen als bisher. Gemeinderätliche Beschlüsse, die eine Verlängerungsgebühr neu einführen oder erhöhen, sind im voraus genehmigt, wenn sie in großen Städten 3000 Mark, in mittleren 2000 Mark, und in den übrigen Gemeinden 1000 Mark nicht übersteigt.

Denkendorf, 28. Nov. Eßlingen, 28. Nov. Gegen den Wahllohn. Am Freitag hielt die kommunistische Partei eine Protestversammlung ab gegen die vom Süddeutschen Müllerverband beschlossene Erhöhung des Wahllohns von 100 auf ungefähr 1500 M. für den Zentner oder 8 Pfund Getreide.

Pfäfershausen, 28. Nov. Tödtlich verunglückt. Der verheiratete Frachtbote August Bulling von Alsdorf hat sich auf der Straße von hier nach Waldhausen beim Heruntersteigen vom Wagen an der abschüssigen Stelle einige Rippen eingeknickt, von denen wohl ein Splitter ins Herz gedrungen ist und seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Rottweil, 28. Nov. Fluchtling. Der bei der Oberamtspflege als Diener angestellte Wilhelm Stengel ist seit letzten Freitag flüchtig. Wie verlautet, soll er etwa 120 000 M. mitgenommen haben. In einem aus Radolfzell an seine

Frau gerichteten Briefe gibt er an, obige Summe sei ihm auf dem Postamt gestohlen worden.

Ulm, 28. Nov. Einbruch. Dieser Tage wurde in die Wohnung eines Kaffeehausbesizers eingebrochen und Waren im Wert von einem hunderttausend Mark gestohlen.

Buchau, 28. Nov. Teures Holz. In dem Strohholzwerk auf dem Schienenhof wurden aus 124 Stochteilen über 1 Million Mark erteilt. Somit kommt ein Stochteil im Durchschnitt auf 10 000 M. Für gute Stochteile wurden aber bis über 100 000 M. bezahlt.

Clu Kanzielbogen, 22. M. Der Verband der Papier- und Schreibwarenhändler legte ab 20. November den Preis für einen Bogen mittelfestes Kanzielpapier auf 22 M. fest.

Das neue württ. Gemeindegewahlgesetz

Das Gesetz, betr. das Gemeindegewahlrecht und die Gemeindeverwaltung vom 15. März 1919 ist in einigen wichtigen Punkten zeitgemäß abgeändert worden. Das neue Gesetz wurde jedoch veröffentlicht und ist mit dem Tag der Verkündung bereits in Kraft getreten. Danach steht das Gemeindegewahlrecht allen Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts zu, die das 20. Lebensjahr vollendet haben und im Gemeinde- oder Teilgemeindegewahl seit 6 Monaten wohnen. Wer infolge Wegzugs das Wahlrecht verloren hatte, jedoch vor Ablauf von 2 Jahren in die Gemeinde zurückkehrt, erlangt damit das Wahlrecht wieder. Das Wahlrecht ruht für Personen, denen durch rechtskräftige Beurteilung die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, für Entmündigte und wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft Bestellte, für die Soldaten für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Wehrmacht, Behinderte in der Ausübung des Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, Straf- und Untersuchungsgefangene sowie Personen, die infolge gerichtlichen oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden. Dagegen wahlberechtigt sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden. Gewählt werden kann jeder Wahlberechtigte, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und dessen Wahlrecht nicht ruht. Die Wahl erfolgt jordan in allen Gemeinden ohne Unterschied ihrer Größe nach dem Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung der Wähler. Das Wahlverfahren in den großen Städten bleibt unverändert, dagegen sind für die übrigen Gemeinden einige neue Bestimmungen getroffen worden. In diesen Gemeinden können die Wähler, wenn nur ein gültiger Wahlvorschlagn eingereicht worden ist, auch Personen wählen, die nicht auf dem Wahlvorschlagn stehen. Ist nur ein gültiger Wahlvorschlagn eingereicht worden, so werden die Bewerber, die nicht auf dem Wahlvorschlagn stehen, jeder für sich als besonderer Wahlvorschlagn behandelt. Ueber die Anlegung der Wählerliste, die Bildung des Wahlvorstandes und die Erledigung von Einsprüchen kann das Ministerium des Innern von den Vorschriften der Gemeindeordnung abweichende Bestimmungen erlassen. Dasselbe gilt bezüglich der Durchführung der Verhältniswahl in Teilgemeinden mit anderen Wahlen. Der Wahltag ist nach wie vor der Sonntag. Durch Beschluß des Gemeinderats kann jedoch auch der Samstag als Wahltag festgesetzt werden, falls nicht auf den Samstag ein allgemeiner bürgerlicher Feiertag fällt. Findet die Wahl am Samstag statt, so muß die Wahlzeit bis 8 Uhr abends ausgedehnt werden.

Die Plätze in den D-Büzen. Zur Kennzeichnung belegter Plätze in den D-Büzen dienen in erster Linie die an den Abteilüren angebrachten Nummerchilder. Zur Vermeidung von unangenehmen Auseinandersetzungen ist den Reisenden zu empfehlen, sich vor dem Betreten der Abteile über die Belegung der Plätze auf Grund der Nummerchilder zu unterrichten.

Der Postverkehr mit dem Saargebiet mußte auf Wunsch der Rheinlandskommission eingestellt werden. Vom 1. Dezember an ist der Zahlungsverkehr dorthin auf Postanweisungen und Wertbriefe beschränkt.

Polizeibericht vom 29. Oktbr. bis 25. Novbr. 1922.

Festnahme eines Fahrraddiebes R. L. von Brötzingen und Abnahme des gestohlenen Rades in Calmbach. Anzeige gegen H. und Beschlagnahme eines Karrens unbefugter Weise gefammelten Leseholzes; Anzeige gegen B. u. S. wegen Diebstahls in einer Wirtschaft in der Wilhelmstraße; 4 Anzeigen gegen einen Wirt in der Wilhelmstraße und 6 Gäste wegen Polizeistundübertretung bis 4 Uhr nachts; Anzeige gegen einen Wirt in der Wilhelmstraße und 2 Gäste wegen Polizeistundübertretung bis 2 Uhr nachts; gegen einen Gastwirt in der Königs-Karlstr. wegen Polizeistundübertretung bis 3 Uhr nachts. — Anzeigen gegen 2 hiesige Einwohner in der Rennbachstraße und im Hockwiesenweg wegen Herumlauftlassens ihrer Hühner auf fremden Feldern. Anzeigen gegen verschiedene hiesige Einwohner und Auswärtige wegen Nachtruhestörung und groben Unfugs. Anzeige gegen einen Kaufmann aus Stuttgart wegen Verunreinigung der Straße; Anzeige gegen einen Hausdiener wegen unbefugten Fahrens mit einem Fahrrad über den sog. Metzgersteig. Anzeige gegen einen Gastwirt in der oberen Wilhelmstraße wegen Muzizieren und Singens in seiner Wirtschaft nach 10 Uhr nachts ohne polizeiliche Erlaubnis.

Bekanntmachung.

Von der vom 1.—15. Dezember 1922 gültigen Brotmarken darf vor dem 4. Dezember nur die Marke „F“ von den Bäckern angenommen werden, welche dieselbe am 4. Dezember vormittags abzuliefern haben.

Mehltagabestelle.



Heute abend 8 Uhr
Singstunde

im Lokal.

Der Vorstand.

Jüngere Mädchen

finden als Hilfskräfte fürs Kontor sofort Anstellung.

Reformschule Altbild.

Emulsion,

reines Lebertran.

A. u. W. Schmit. Med.-Drogerie.

